

Es geschieht jetzt alles, um jede Beunruhigung im Volke auszuschalten. Besonders in den kleinen Orten, in denen sich die Menschen kennen und in denen ein Betrieb unberechtigtweise auf die Liste A gesetzt wurde, bestehen ungünstige Aussichten für den Volksentscheid. Darum ist es notwendig, der breiten Öffentlichkeit zu sagen, daß in solchem Falle die Möglichkeit zur Berichtigung vorhanden ist.

Ich denke weiter an die Fälle, die in der Bevölkerung ebenfalls Beunruhigung hervorgerufen haben: das sind die Sequestrierungen, die nachträglich erfolgten. Sie werden weiterhin noch mißverstanden und hierüber wäre noch von maßgebender Seite ein aufklärendes Wort zu sagen, weil allzuviele Mißverständnisse damit verbunden sind, zumal früher von uns niemals auf diese unerwartete Maßnahme hingewiesen werden konnte.

Es wird darauf ankommen, die unsachlichen Entscheidungen in unserem Volke zu beseitigen. Nur dann ist ein großartiger Erfolg dieses Volksentscheides unbedingt gesichert.

Es muß immer wieder klar herausgestellt werden, daß es sich bei diesem Volksentscheid nicht nur um das Schicksal einzelner Betriebe handelt, sondern daß es um ganz große und weittragende politische Entscheidungen geht. Es geht schließlich auch darum, nach einem Jahre der Besatzungszeit einmal festzustellen, wie die politische und geistige Verfassung unseres sächsischen Volkes ist, wobei natürlich darauf gesehen wird, ob wirklich eine Wandlung in der Einstellung der ehemaligen Pgs erfolgt ist. Dieser Volksentscheid soll eine breite und gefestigte Grundlage schaffen zwischen dem Volke und der Besatzungsbehörde.

Wir müssen jetzt durch unsere Entscheidung beweisen können, daß die antifaschistische Haltung in unserem Volke eine selbstverständliche ist und daß wir gegen einen Krieg und alles, was mit ihm zusammenhängt, eingestellt sind. Unser Volksentscheid soll ein eindeutiges Bekenntnis für den Friedenswillen unseres Volkes sein. Diese große politische Aktion soll uns nicht etwa einen Rückschlag bringen, sondern sie soll einerseits den Wiederaufbau unserer Wirtschaft fördern und andererseits zur Erneuerung unseres politischen Lebens beitragen.

Um dies zu erreichen, haben wir gemeinsam mit den übrigen Parteien alles getan, damit unser Volk guten Gewissens für den Volksentscheid eintreten kann. Es soll auch dafür eintreten.

Gruner (FDGB):

Meine Damen und Herren!

Wir als Gewerkschaftler haben es zunächst begrüßt, daß wir in diese Beratende Versammlung gleichberechtigt mit den politischen Parteien eingereiht wurden.

Wir haben in unserem Mitgliederkreis mehr als 50 % nicht politisch organisierter Personen, und wir glauben, daß die neue Demokratie gerade dadurch zum Ausdruck gebracht wird, daß nicht nur die politischen Parteien, sondern darüber hinaus die, die im wirtschaftlichen Leben tätig sind, hier ihre Vertretung durch die Gewerkschaften finden. Ich glaube auch, daß dieser neue demokratische Geist für die Zukunft erhalten bleiben möchte. Ich bin darüber hinaus davon überzeugt, daß, wenn wir uns an einer so starken politischen Aktion, wie sie im Moment der Volksentscheid darstellt, so aktiv mit einsetzen, es doch alle unsere Mitglieder in dem Umfange verstehen, wie es vielleicht in den politischen Parteien verstanden wird. Da wir eben noch über eine sehr große Zahl von unpolitischen Menschen in den Betrieben verfügen, die unsere Mitglieder sind, gibt es auch die verschiedenartigsten Auffassungen über die Listen A, B und C.

Mit großer Genugtuung haben wir hier von seiten des Präsidiums vernommen, daß die sozialen Einrich-

tungen in den einzelnen Betrieben, die natürlich unsere Mitglieder ganz besonders beachten und unterstreichen, in vollem Umfange erhalten bleiben sollen, ja nicht nur erhalten bleiben sollen, sondern je nach dem Umfange der Produktion und der sonstigen Überschüsse ausgebaut, erweitert und vorbildlich gestaltet werden sollen. Diese Tatsache wird in verhältnismäßig kurzer Zeit noch jene Widerstände brechen, die zur Zeit noch gegen diese Maßnahme bei einigen unserer Mitglieder vorhanden sind.

Auch die Tatsache und diesbezügliche Erklärung des Präsidiums, daß die kleinen Pgs, von denen wir eine sehr große Zahl in unserem Mitgliederkreis haben, nicht, wie bei den Behörden, entlassen und einem neuen Beruf zugeführt werden sollen, sondern im Gegenteil dort bleiben können und gefördert werden und darüber hinaus ihre Wirtschaftskraft nach wie vor der gesamten Bevölkerung zur Verfügung stellen können, wird dazu beitragen, die Frage, wie in Zukunft die Betriebe verwaltet, geleitet und gelenkt werden sollen, schnellstens zu klären.

In diesen Tagen hat eine Auseinandersetzung mit unseren Mitgliedern über die Liste C stattgefunden. Die Liste C ist heute urplötzlich in die Betriebe hineingetragen worden. Da es sich gerade um Mitglieder aus Betrieben handelt, die unter die Liste C fallen, so ist es begreiflich, daß diese nicht verstehen, weshalb gerade ihre Betriebe nicht auf die Liste A gesetzt wurden. Wir hatten gestern und haben heute und für die nächsten Tage noch eine ungeheure Arbeit, um gerade diese Frage aufzuklären. Ich hätte gewünscht, daß Herr Vizepräsident Selbmann vielleicht etwas mehr noch über die Gründe, die zur Liste C geführt haben, die mehr oder weniger für die Öffentlichkeit bestimmt sind, gesagt hätte. Wir in der Leitung wissen selbstverständlich die Gründe, aber in Anbetracht dessen, daß wir es mit einem sehr großen Kreise von unpolitischen Menschen zu tun haben, ist nicht in jedem Falle die Voraussetzung dafür gegeben, daß diese innerhalb von 24 Stunden die Sache begreifen. Trotzdem wollen wir sie für den Volksentscheid gewinnen; wir fordern sie dazu auf, und sie haben natürlich auch ihre Zusage gegeben. Immerhin ist es aber notwendig, daß wir noch in den letzten Tagen versuchen müssen, die Frage stärker an unsere Mitgliedschaft, an die Öffentlichkeit, an die Wähler, die ja am nächsten Sonntag zu entscheiden haben, heranzubringen, und zwar, warum jetzt die Liste C kommt, nachdem wir ursprünglich in der gesamten Propaganda nur von den Listen A und B gesprochen haben und die Zusammenhänge in der Öffentlichkeit so gut wie überhaupt nicht bekannt sind.

Ich glaube, zusammenfassend sagen zu können, daß der Begriff unserer Mitgliedschaft innerhalb der Arbeiter- und Angestelltenschaft unserer Betriebe nunmehr eine andere Form und andere Wendung durch diese große Aktion des Volksentscheides bekommt.

Waren unsere Mitglieder bisher der Auffassung, daß die Betriebe, die sie ausgeschauelt, die sie aus dem Schutt heraus aufgebaut haben, nunmehr schon ihre oder unsere Betriebe wären? Sie waren sich nicht genügend darüber im klaren, insbesondere in den Betrieben, wo die früheren Besitzer das Weite gesucht haben, die ausgerissen waren, also in den Betrieben, die herrenlos waren. Da glaubten natürlich die Arbeiter und Angestellten, daß dieser Zustand bestehen bleiben würde. Durch die jetzt durch das Volk erfolgende Rechtsprechung wird natürlich erst dann von „unseren Betrieben“ die Rede sein können, wenn sie tatsächlich in die Hand des Volkes gelegt sind: also durch den Volksentscheid! Diese Frage wird nunmehr geklärt und der größte Teil der Mitgliedschaft ist sich darüber auch vollständig im klaren.

Andererseits wird aber auch ein Teil von Betrieben an ihre früheren Besitzer zurückgegeben, womit die be-